

Wer, was, wohin, wie?

Die Leitfragen erinnern an die „Grundsätze des Kommunismus“ geschrieben im November 1847 von Friedrich Engels als dem „Manifest der Kommunisten“ vorlaufender Text. Darin lautet die erste Frage: „Was ist Kommunismus?“

Analog lautete unsere erste Frage: „Was ist demokratischer Sozialismus?“

Der im Erfurter Parteiprogramm als gesellschaftliches Ziel genannte *Demokratische Sozialismus* ist anders als der Kapitalismus kein System, das sich einmal angestoßen in eine bestimmte Richtung bewegt. Er braucht Ideen, er braucht einen Plan, aber nicht und unwiderruflich in den Köpfen einiger weniger Experten des Wissens und der Macht, sondern in allen Köpfen und im Handeln aller Menschen. Bertolt Brecht würde von einer „Großen Erzählung“ reden wollen. Wie es ihnen geht wissen die Menschen selber, aber nicht wie es anders gehen könnte. Zu tief hat sich das Bestehende als quasi alternativlos in die Köpfe eingegraben.

Unsere Partei ist die einzige im Bundestag, die nicht kapitalistisch, sondern antikapitalistisch ist. Sollten wir uns nicht den Menschen erklären - warum wir Antikapitalisten sind, alle anderen politischen Kräfte im Bundestag aber bestenfalls Anstreicher der Rostflächen des Kapitalismus neoliberaler Prägung?

Das Erfurter Programm (EP) sagt, an den Toren zu den Arbeitsplätzen ende die Demokratie, aber ohne Demokratie in der Wirtschaft ließen sich Interessen der Allgemeinheit gegen Profitinteressen nicht durchsetzen. Entscheidend darin die Eigentumsfrage an Produktionsmitteln. Erst die Befreiung aus der Herrschaft des Kapitals verwirkliche die sozialistische Perspektive. Dabei beruft sich das EP auf Marx, Engels und Luxemburg. Damit ist aber nicht gemeint, wir sollten abwarten bis uns die Geschichte befreit. Gerade Rosa Luxemburg stellt in ihrer Schrift „Sozialreform oder Revolution“ klar, der Konjunktiv ist falsch gesetzt, Reform und Revolution gehört immer zusammen. Dann ist die Reform revolutionär. Als Antipoden zitiert sie Eduard Bernstein. Er sagte: „Das Endziel, was immer es sei, ist mir Nichts, die Bewegung alles.“ Sie nennt es „die opportunistische Methode“.

Unter der Frage WAS sind in den Leitfragen die großen aktuellen Menschheitsfragen benannt, die *Klimakrise, Krieg und Frieden*. Die Klassiker haben betont, dass ein Wechsel der Produktionsweise und der Produktionsverhältnissen voraussetzt, dass sie die Möglichkeiten einer entwickelten Stufe der Produktivkräfte nicht mehr abbilden können. Das hieße, alle Möglichkeiten die Klimakrise zu bewältigen, Frieden statt Krieg zu gewährleisten sind gegeben, aber der Kapitalismus ist systembedingt dazu nicht in der Lage und muss deshalb beiseite treten. Wie sehen wir das?

Es trete dann eine Epoche sozialer *Revolution* ein, so benennt es Karl Marx. Ob dieser Prozess in eine sozialistische Utopie einbiegt oder in einer faschistischen Dystopie mündet, das *ist eine politische Frage*.

Als Einzelperson mag man auf den Sankt Nimmerleinstag hoffen, damit unruhige revolutionäre Zeiten an uns, den Kindern und Enkelkindern vorüber gehen mögen. Für eine sozialistische politische Kraft wäre es töricht zu warten bis *der Dieb in der Nacht* kommt. Nur weil wir schlafen, schläft die Gegenrevolution nicht. Sie ist als Antikommunismus klassenübergreifend schon lange in die Köpfe eingesickert. Wer sich deshalb bei aller gelegentlichen Unzufriedenheit keine Alternative zum Kapitalismus vorstellen mag, denkt ganz im Sinne des Systems, das nicht an Erkenntnis der Bürgerinnen interessiert ist, sondern allein an der Reproduktion des Bestehenden - am Menschen als auszubeutende Arbeitskraft.

Wer sich damit abfindet, wird nicht wissen wollen, was Kapitalismus ist, wie er funktioniert, und was seine Systemgrenzen sind.

Anders die jungen Menschen, die zu uns kommen. Herausgetreten aus dem Schattenreich des „Nichts-ändern-können“ sind sie bereits „Empörungslinke“, wenn sie bei uns Mitglied werden. Ihnen sind wir verpflichtet, ein erkenntnistheoretisches Bildungsangebot zu machen, das ihnen hilft, die sich stets wandelnde Gesellschaft, in der sie leben, in ihrer Bewegung und ihren Grundzügen zu verstehen.

Welche Bedeutung messen wir darin der politischen Bildung zur Stärkung analytischer und reflexiver Kompetenzen zu?

Als Heinz Hillebrand noch Leiter des Bereichs Politische Bildung auf Bundesebene war, äußerte er auf einem bundesweiten Bildungstag in Hamburg, seine größte Sorge sei, eines nicht allzu fernen Tages könnten die Mitglieder die Grundsätze des EP nicht mehr verstehen, wenn wir unsere Anstrengungen in der politischen Bildung nicht intensivieren. Es kam anders. Kaum war er in Rente wurde das renommierte von Harald Werner und anderen entwickelte marxistische Online-Präsenz-Bildungsangebot *Die Linke 1* von der Partei eingestellt. Ein unentschuldbares politisches Versagen.

Im Bezirk Altona habe ich bereits 2015 mit meinem Partner, Volker Vödisch, begonnen unter dem Namen „Die Methode von Karl Marx und Friedrich Engels“ das Konzept als Präsenzveranstaltungen durchzuführen.

Der Kurs besteht wie in *Die Linke 1* aus den Teilen: Mensch und Gesellschaft, Kritik der Politischen Ökonomie, Politische Theorien und Praxis. Durch alle Teile zieht sich, wie der Kursname schon andeutet, als roter Faden das historisch dialektische materialistische Denken der Klassiker. Es steht als prozesshaftes Denken im krassen Widerspruch zum Ursache-Wirkung-Denken von dem wir ebenso kulturell beeinflusst sind wie vom christlichen Gut-Böse-Standpunktdenken. Die Sicht, der Mensch sei in seinem Wesen egoistisch, grausam, unsolidarisch etc. ist offenbar tief in die Köpfe eingedrungen, darin der stärkste Verbündete der Ausbeuter. Sie sind darin bestenfalls, die bösesten Bösen. Ein Fetisch, hinter dem das System der Ausbeutung verborgen bleibt, Marx sagt dazu, es gibt keine abstrakte menschliche Natur. Wie die Menschen sind kann nicht vom Wesen der Gesellschaft in der sie leben getrennt werden. Eine einfache Wahrheit, gegen die aber heftigst rebelliert wird.

Die Leitfragen Wer und Wie beantworten ich mit dem Wunsch, Hamburg möge sich dafür verwenden, dass auf Bundesebene *Die Linke 1* wieder aufgenommen wird. Und für Hamburg ist Politische Bildung nicht Sache der RLS oder von engagierten Einzelpersonen, sondern eine Parteiaufgabe in Eigenregie der Bezirke.

Zum WIE und den darin genannten Mitgliedern:

Von den 1900 Mitgliedern unseres Landesverbandes sind vielleicht 300-350 aktiv am Parteilieben beteiligt, Davon sind wiederum 80 und mehr im Parlamentarismus unterwegs. Völlig unabhängig von der Partei dominieren sie die Partei, statt umgekehrt die Partei die Fraktionen. Diese Verdrehung ist keine Sonderheit unserer Partei, sondern typisch für bürgerliche Stellvertreter-Demokratie. Eigentlich braucht man bereits aktuell utopische gesellschaftliche Bedingungen, wie sie z.B. Frigga Haug mit ihrer 4 in 1 Methode beschreibt. In diesem Modell ist Zeit für Politik eingeplant, während heute stellvertretende Politik den aktuellen gesellschaftlichen Bedingungen entspricht. Also völlig passend, wenn nur ein Teil der Mitglieder aktiv ist. Ein Kuriosum, man braucht Bedingungen, die man erst erkämpfen muss, um so zu leben wie es notwendig ist, um diesen Kampf zu führen. Analog dazu entsprechen die Strukturen in Bezirken und Landesverbänden einem auf Loyalität beruhenden Hausmacht-Wesen. Als zuverlässig gilt das Mitglied von dem man weiß wie es abstimmt. Das Hauptproblem bei den jeweils herrschenden Machtstrukturen auf den verschiedenen organisatorischen Ebenen der Partei sind nicht die Akteure, sondern dass die inaktiven Mitglieder sie gewähren lassen. Das heißt Apparat und

Mitglieder bilden eine Zweckgemeinschaft. Das hat wenig bis nichts mit den aktuellen Akteuren zu tun. Man könnte alle Vorstände austauschen, es änderten sich lediglich die Personen. Personifizierung lenkt nur von den konkreten Seins-Bedingungen ab. Bei unseren Nachbarn in den Flächenländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen ist direkte Demokratie schwer zu realisieren. Ganz anders in den Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin. Dort gibt es keinen sachlichen Grund für ein Delegiertensystem zur Abhaltung von Parteitag. Ich schlage darum für Hamburg vor, gemäß der Bundessatzung einen Mitgliederentscheid zu dieser Frage zu organisieren, damit die Mitglieder selbst entscheiden, ob sie sich auf Parteitag vertreten lassen wollen oder selbst vertreten sein wollen.

Zum zweiten sollten wir nicht darüber spekulieren, warum unsere Mitglieder nicht zu den bezirklichen Mitgliederversammlungen erscheinen, sondern sie in einer Mitgliederbefragung fragen. Ebenso die in den letzten Jahren Ausgetretenen. Dann wissen wir mehr. Das schlage ich seit Jahren vor. Dann wissen wir mehr, und können auf der Basis von Wissen agieren. Dies freilich nur, wenn wir das wollen, und nicht doch lieber unter uns bleiben wollen oder vermeiden wollen, dass Menschen zurückkommen, bei denen wir froh waren, dass sie endlich nicht mehr kamen.

Oft höre ich, im Vergleich zum Aktivitätsgrad Gewerkschaftsmitgliedern sei der unsrige gar nicht so schlecht. Dem liegt traditionell ein Missverständnis über die Aufgaben der Gewerkschaften zugrunde. Während Lenin und Luxemburg darin übereinstimmten, dass Gewerkschaften im Kampf für die Rechte und Lebensbedingungen im Kapitalismus durch Reformen eine andere Rolle spielen als die Partei der Arbeiterklasse als politischer Vertreter der Klasse, warfen die K-Gruppen der BRD den Gewerkschaften Reformismus vor, wenn sie sich auf Lohnkämpfe und Arbeitszeitverkürzung beschränkten.

Die Partei der Arbeiterklasse dagegen ist marxistisch oder die Arbeiterklasse ist politisch führungslos. Soll *DIE LINKE* in diese Rolle hineinwachsen muss Beteiligung und innerparteiliche Demokratie wachsen. Darin stärkt Politische Bildung unverzichtbar die Relevanz des Parteiprogramms innerhalb der Mitgliedschaft.

Heinz-Dieter Lechte
16. 11. 2011